

1989

Ausgegeben zu Bonn am 20. Oktober 1989

Nr. 35

Tag	Inhalt	Seite
29. 9. 89	Verordnung zur Neufassung der ECE-Regelung Nr. 1 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer für asymmetrisches Abblendlicht und/oder Fernlicht, die mit Glühlampen der Kategorie R2 ausgerüstet sind und der ECE-Regelung Nr. 2 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Glühlampen, die in Scheinwerfern für asymmetrisches Abblendlicht und Fernlicht oder für eines der beiden verwendet werden (Verordnung zu den ECE-Regelungen Nr. 1 und 2)	802
21. 8. 89	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	803
24. 8. 89	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	807
22. 9. 89	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen	812
26. 9. 89	Bekanntmachung des deutsch-lesothischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	813
27. 9. 89	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe	814

Die Neufassung der ECE-Regelung Nr. 1 – Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer für asymmetrisches Abblendlicht und/oder Fernlicht, die mit Glühlampen der Kategorie R2 ausgerüstet sind, und die Neufassung der ECE-Regelung Nr. 2 – Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Glühlampen, die in Scheinwerfern für asymmetrisches Abblendlicht und Fernlicht oder für eines der beiden verwendet werden – werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Verordnung
zur Neufassung der ECE-Regelung Nr. 1
über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung
der Kraftfahrzeugscheinwerfer für asymmetrisches Abblendlicht
und/oder Fernlicht, die mit Glühlampen der Kategorie R2 ausgerüstet sind
und der ECE-Regelung Nr. 2
über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung
der Glühlampen, die in Scheinwerfern für asymmetrisches Abblendlicht
und Fernlicht oder für eines der beiden verwendet werden
(Verordnung zu den ECE-Regelungen Nr. 1 und 2)

Vom 29. September 1989

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Gesetz vom 20. Dezember 1968 (BGBl. II S. 1224) eingefügt worden ist, wird nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden verordnet:

Artikel 1

Nach Maßgabe des Artikels 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 sind

- a) die Änderung 01 im Rahmen einer Neufassung und die Berichtigung 1 der Neufassung zur ECE-Regelung Nr. 1 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer [Motorfahrzeugscheinwerfer] für Fernlicht und asymmetrisches Abblendlicht oder für eines der beiden und
- b) die Änderung 03 im Rahmen einer Neufassung und die Berichtigung 1 der Neufassung zur ECE-Regelung Nr. 2 über einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Glühlampen, die in Scheinwerfern für Fernlicht und asymmetrisches Abblendlicht oder für eines der beiden verwendet werden;

– Verordnung vom 10. September 1969 (BGBl. II S. 1729, 1731, 1746), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Dezember 1985 (BGBl. 1986 II S. 169) – angenommen worden. Sie werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Neufassung der ECE-Regelung Nr. 1, einschließlich der Berichtigung 1, wird als Anhang 1*) mit einer amtlichen deutschen Übersetzung und die Neufassung der ECE-Regelung Nr. 2, einschließlich der Berichtigung 1, wird als Anhang 2*) mit einer amtlichen deutschen Übersetzung zu dieser Verordnung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Verordnung über die Inkraftsetzung der Regelungen Nr. 1 bis Nr. 8 nach dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände

und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung vom 10. September 1969 (BGBl. II S. 1729), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Regelungen Nr. 2, 17, 25, 30 und 43 vom 21. Dezember 1985 (BGBl. 1986 II S. 169) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden die Worte „Nr. 1 bis Nr. 8“ durch die Worte „Nr. 3 bis Nr. 8“ ersetzt.
 2. In § 1 Abs. 1 werden die Worte „Regelung Nr. 1 Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer [Motorfahrzeugscheinwerfer] für Fernlicht und asymmetrisches Abblendlicht oder für eines der beiden
- Regelung Nr. 2 Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Glühlampen, die in Scheinwerfern für Fernlicht und asymmetrisches Abblendlicht oder für eines der beiden verwendet werden“ gestrichen.
3. Der Wortlaut sowie die Bildtafeln der Regelungen Nr. 1 und Nr. 2 werden gestrichen.

Artikel 3

Die Verordnung über die Inkraftsetzung der Änderungen zu den Regelungen Nr. 2, 4, 15, 19, 20, 23 und 24 nach dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung vom 18. Juni 1980 (BGBl. II S. 775) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden die Regelungsnummer „2“ und der nachfolgende Beistrich gestrichen.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 Nr. 1 wird gestrichen. Die Nummern 2 bis 7 werden Nummern 1 bis 6.
 - b) In Satz 3 werden die Worte „Änderung 02 zur Regelung Nr. 2 wird als Anhang 1, die“ gestrichen.

*) Die Anhänge 1 und 2 werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

3. In § 3 werden die Worte „des Anhangs 1 mit Wirkung vom 26. September 1978,“ gestrichen.
4. Der Anhang 1 wird gestrichen.

- b) In Satz 3 werden die Worte „Ergänzung 1 zur Änderung 02 zur Regelung Nr. 2 wird als Anhang 1, die“ gestrichen.

3. In § 3 werden die Worte „des Anhangs 1 mit Wirkung vom 29. August 1982,“ gestrichen.

4. Der Anhang 1 wird gestrichen.

Artikel 4

Die Verordnung zur Änderung der Regelungen Nr. 2, 17, 25, 30 und 43 vom 21. Dezember 1985 (BGBl. 1986 II S. 169) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden jeweils die Regelungsnummer „2“ und der nachfolgende Beistrich gestrichen.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 Nr. 1 wird gestrichen. Die Nummern 2 bis 6 werden Nummern 1 bis 5.

Artikel 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Diese Verordnung und der Anhang 2 treten mit Wirkung vom 9. März 1986 und der Anhang 1 mit Wirkung vom 18. März 1986 in Kraft.

Bonn, den 29. September 1989

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge Vom 21. August 1989

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) ist nach seinem Artikel 84 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Algerien

am 8. Dezember 1988

nach Maßgabe des bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde gemachten folgenden Vorbehalts sowie des hierbei ferner eingelegten nachstehenden Einspruchs:

Vorbehalt:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement de la République algérienne démocratique et populaire considère que la compétence de la Cour internationale de justice ne peut s'exercer, à la requête d'une seule partie, à propos d'un différend tel que celui visé à l'article 66, paragraphe a.

Il déclare que l'accord préalable de toutes les parties concernées est, dans chaque cas, nécessaire pour qu'un différend soit soumis à ladite Cour.»

„Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien ist der Auffassung, daß die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs in bezug auf eine Streitigkeit der in Artikel 66 Buchstabe a bezeichneten Art nicht auf Ersuchen einer einzigen Partei ausgeübt werden kann.

Sie erklärt, daß in jedem Einzelfall die vorherige Zustimmung aller betroffenen Parteien erforderlich ist, damit eine Streitigkeit diesem Gerichtshof unterbreitet werden kann.“

Einspruch gegen einen Vorbehalt: *)

(Übersetzung)

«Le Gouvernement de la République algérienne démocratique et populaire, fidèle au principe de l'intangibilité des frontières héritées à l'indépendance, formule une objection à la réserve émise par le Royaume du Maroc à propos de l'article 62 paragraphe 2 a) de la Convention.»

„Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, die sich zum Grundsatz der Unverletzlichkeit der mit der Erlangung der Unabhängigkeit übernommenen Grenzen bekennt, erhebt Einspruch gegen den Vorbehalt des Königreichs Marokko zu Artikel 62 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens.“

Mongolei

am 15. Juni 1988

nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde gemachten folgenden Vorbehalte sowie der hierbei ferner abgegebenen nachstehenden Erklärungen:

Vorbehalte:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Mongolian)

1. The Mongolian People's Republic does not consider itself bound by the provisions of article 66 of the Vienna Convention on the Law of Treaties.

The Mongolian People's Republic declares that submission of any dispute concerning the application or the interpretation of article 53 and 64 to the International Court of Justice for a decision as well as submission of any dispute concerning the application or the interpretation of any other articles in Part V of the Convention to a conciliation commission for consideration shall be subject to the consent of all the parties to the dispute in each separate case, and that the conciliators constituting the conciliation commission shall be appointed by the parties to the dispute by common consent.

2. The Mongolian People's Republic is not obligated by the provisions of article 45 (b) of the Vienna Convention on the Law of Treaties, since they are contrary to established international practice.

(Übersetzung) (Original: Mongolisch)

1. Die Mongolische Volksrepublik betrachtet sich durch Artikel 66 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge nicht als gebunden.

Die Mongolische Volksrepublik erklärt, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller Streitparteien erforderlich ist, damit eine Streitigkeit über die Anwendung oder Auslegung des Artikels 53 oder 64 dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet und damit eine Streitigkeit über die Anwendung oder Auslegung eines sonstigen Artikels des Teiles V des Übereinkommens einer Vergleichskommission zur Prüfung vorgelegt werden kann, und daß die Vermittler, welche die Vergleichskommission bilden, von den Streitparteien einvernehmlich bestellt werden müssen.

2. Die Mongolische Volksrepublik wird Artikel 45 Buchstabe b des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge nicht als verbindlich betrachten, da er der bestehenden völkerrechtlichen Übung widerspricht.

Erklärungen:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Mongolian)

1. The Mongolian People's Republic declares that it reserves the right to take any measures to safeguard its interests in the case of the non-observance by other States of the provisions of the Vienna Convention on the Law of Treaties.
2. The Mongolian People's Republic deems it appropriate to draw attention to the discriminatory nature of article 81 and 83 of the Vienna Convention on the Law of Treaties and declares that the Convention should be open for accession by all States.

(Übersetzung) (Original: Mongolisch)

1. Die Mongolische Volksrepublik erklärt, daß sie sich das Recht vorbehält, im Fall der Nichteinhaltung des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge durch andere Staaten jegliche Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen zu treffen.
2. Die Mongolische Volksrepublik hält es für angezeigt, auf den diskriminierenden Charakter der Artikel 81 und 83 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge hinzuweisen, und erklärt, daß das Übereinkommen allen Staaten zum Beitritt offenstehen sollte.

*) Wegen des mit diesem Einspruch angesprochenen Vorbehalts vgl. die Bekanntmachung vom 26. Oktober 1987 (BGBl. II S. 757)

II.

Dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sind ferner Einsprüche von folgenden Staaten notifiziert worden:

1. am 14. Juli 1988 von den Niederlanden: **)

(Übersetzung)

"[The Government of the Netherlands] recalls attention to its objections formulated upon its accession to the Convention on 9 April 1985. In conformity with the terms of the objections the Kingdom of the Netherlands must be deemed to have objected to the reservations, excluding wholly or in part the procedures for the settlement of disputes, contained in Article 66 of the Convention as formulated by [Bulgaria, Czechoslovakia and Hungary] as from the date of their respective accession.

„[Die Regierung der Niederlande] verweist erneut auf ihre bei ihrem Beitritt zu dem Übereinkommen am 9. April 1985 erhobenen Einsprüche. Nach Maßgabe der Einsprüche muß das Königreich der Niederlande angesehen werden, als habe es gegen die von [Bulgarien, der Tschechoslowakei und Ungarn] im Zeitpunkt ihres jeweiligen Beitritts angebrachten Vorbehalte, welche die in Artikel 66 des Übereinkommens enthaltenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten ganz oder teilweise ausschließen, Einspruch erhoben.

Accordingly, the treaty relations between the Kingdom of the Netherlands and Hungary and Czechoslovakia do not include any of the provisions contained in Part V of the Convention, whereas the treaty relations between the Kingdom of the Netherlands and Bulgaria do not include the provisions of the Article 53 and 64 of the Convention.

Infolgedessen beziehen die Vertragsbeziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und Ungarn und der Tschechoslowakei keine der in Teil V des Übereinkommens enthaltenen Bestimmungen ein, während die Vertragsbeziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und Bulgarien die Bestimmungen der Artikel 53 und 64 des Übereinkommens nicht einbeziehen.

The Kingdom of the Netherlands reiterates that the absence of treaty relations between itself and the above-mentioned States in respect of (parts of) Part V of the Convention will not in any way impair the duty of those States to fulfill any obligation embodied in those provisions to which they are subject under international law independent of the Convention."

Das Königreich der Niederlande betont erneut, daß das Nichtbestehen von Vertragsbeziehungen zwischen ihm und den genannten Staaten in bezug auf Teil V (Teile des Teiles V) des Übereinkommens die Pflicht dieser Staaten in keiner Weise berührt, in jenen Bestimmungen enthaltene Verpflichtungen, denen sie auch unabhängig von dem Übereinkommen aufgrund des Völkerrechts unterworfen sind, zu erfüllen."

2. am 28. Juli 1988 von den Niederlanden:

(Übersetzung)

"[The Government of the Netherlands] recalls attention to the objections of the Kingdom of the Netherlands formulated upon its accession to the Convention.

„[Die Regierung der Niederlande] verweist erneut auf die vom Königreich der Niederlande bei seinem Beitritt zu dem Übereinkommen erhobenen Einsprüche.

In conformity with the terms of the objections, the Kingdom of the Netherlands objects to any reservation, excluding the procedures regarding the settlement of disputes, contained in Article 66 of the Convention, such as the reservation formulated by Mongolia.

Nach Maßgabe der Einsprüche erhebt das Königreich der Niederlande Einspruch gegen jeden Vorbehalt, der die in Artikel 66 des Übereinkommens enthaltenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten ausschließt, wie etwa den von der Mongolei angebrachten Vorbehalt.

The Kingdom of the Netherlands reiterates that the absence of treaty relations between itself and Mongolia in respect of Part V of the Convention will not in any way impair the duty of that State to fulfill any obligation embodied in those provisions to which it is subject under international law independent of the Convention."

Das Königreich der Niederlande betont erneut, daß das Nichtbestehen von Vertragsbeziehungen zwischen ihm und der Mongolei in bezug auf Teil V des Übereinkommens die Pflicht des genannten Staates in keiner Weise berührt, in jenen Bestimmungen enthaltene Verpflichtungen, denen er auch unabhängig von dem Übereinkommen aufgrund des Völkerrechts unterworfen ist, zu erfüllen."

***) Wegen der mit diesem Einspruch im einzelnen angesprochenen Vorbehalte vgl. die Bekanntmachung vom 3. Mai 1988 (BGBl. II S. 557).

3. am 21. September 1988 von der Bundesrepublik Deutschland:

„Die Bundesrepublik Deutschland weist den Vorbehalt der Mongolischen Volksrepublik zu Artikel 66 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge als mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar zurück. Sie erinnert in diesem Zusammenhang erneut daran, daß für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Artikel 53 und 64 einerseits und der Artikel 66 Buchstabe a andererseits in einem untrennbaren Zusammenhang stehen.“

4. am 30. Januar 1989 von den Niederlanden:

(Übersetzung)

„With reference to the accession of the People's Democratic Republic of Algeria on 8 November 1988 to the Vienna Convention on the Law of Treaties, concluded on 23 May 1969, the Kingdom of the Netherlands recalls attention to the objections it formulated upon its accession to the Convention.

In conformity with the terms of the objections, the Kingdom of the Netherlands objects to any reservation, excluding the settlement of disputes concerning the application or the interpretation of articles 53 and 64 before the International Court of Justice, contained in article 66, paragraph a, of the Convention, such as the reservation formulated by Algeria.

The Kingdom of the Netherlands reiterates that the absence of treaty relations between itself and Algeria in respect of the articles 53 and 64 of the Convention will not in any way impair the duty of that State to fulfill any obligation embodied in those provisions to which it is subject under international law independent of the Convention.“

„Das Königreich der Niederlande verweist unter Bezugnahme auf den Beitritt der Demokratischen Volksrepublik Algerien am 8. November 1988 zu dem am 23. Mai 1969 geschlossenen Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge erneut auf die Einsprüche, die es bei seinem Beitritt zu dem Übereinkommen erhoben hat.

Nach Maßgabe der Einsprüche erhebt das Königreich der Niederlande gegen jeden Vorbehalt Einspruch, der wie der von Algerien angebrachte Vorbehalt die in Artikel 66 Buchstabe a des Übereinkommens enthaltene Beilegung von Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung der Artikel 53 und 64 vor dem Internationalen Gerichtshof ausschließt.

Das Königreich der Niederlande betont erneut, daß das Nichtbestehen von Vertragsbeziehungen zwischen ihm und Algerien in bezug auf die Artikel 53 und 64 des Übereinkommens die Pflicht dieses Staates in keiner Weise berührt, in jenen Bestimmungen enthaltene Verpflichtungen, denen er auch unabhängig von dem Übereinkommen aufgrund des Völkerrechts unterworfen ist, zu erfüllen.“

5. am 20. März 1989 von der Bundesrepublik Deutschland:

„Die Bundesrepublik Deutschland weist den Vorbehalt der Demokratischen Volksrepublik Algerien zu Artikel 66 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge als mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar zurück. Sie erinnert in diesem Zusammenhang erneut daran, daß für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Artikel 53 und 64 einerseits und der Artikel 66 Buchstabe a andererseits in einem untrennbaren Zusammenhang stehen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Mai 1988 (BGBl. II S. 557).

Bonn, den 21. August 1989

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke
im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 24. August 1989

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Kanada am 1. Mai 1989

in Kraft getreten. Die bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde von Kanada notifizierten Behördenbezeichnungen und Erklärungen zu diesem Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 23. September 1987 (BGBl. II S. 613) und vom 7. Oktober 1988 (BGBl. II S. 966).

Bonn, den 24. August 1989

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Behördenbezeichnungen und Erklärungen von Kanada
zu dem Haager Übereinkommen vom 15. November 1965
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland
in Zivil- oder Handelssachen**

(Abweichungen von der kanadischen Notifikation sind in eckige Klammern gesetzt)

1. Zentrale Behörden (Artikel 2 und Artikel 18 Abs. 3)

[1. Zentrale Behörden der Provinzen und Territorien]

Alberta:

Attorney-General for Alberta	(Justizminister für Alberta –
Att: Executive Director – Court Services	z. H. des Exekutivdirektors,
	Gerichtliche Dienste)
9833-109th Street	
Edmonton, Alberta	
Canada T5K 2E8	

British Columbia (Britisch-Kolumbien):

Ministry of the Attorney-General for	(Amt des Justizministers für Britisch-
British Columbia	Kolumbien –
Office of the Deputy Minister	Büro des stellvertretenden Ministers)
Fifth Floor, 910 Government Street	
Victoria, British Columbia	
Canada V8V 1X4	

Manitoba:

Attorney-General for Manitoba	(Justizminister für Manitoba –
c/o Director – Civil Legal Services	z. H. des Leiters der Zivilrechtlichen
	Dienste)
Woodsworth Building	
6th Floor	
405 Broadway	
Winnipeg, Manitoba	
Canada R3C 0V8	

New Brunswick (Neubraunschweig):

Attorney-General for New Brunswick	(Justizminister für Neubraunschweig)
P.O. Box 6000	
Fredericton, New Brunswick	
Canada E3B 5H1	

Newfoundland (Neufundland):

Department of Justice	(Justizministerium)
Confederation Building	
St. John's, Newfoundland	
Canada A1C 5T7	

Nova Scotia (Neuschottland):

Attorney General of Nova Scotia	(Justizminister von Neuschottland –
Legal Services Division	Abteilung Gerichtliche Dienste)
P.O. Box 7	
Halifax, Nova Scotia	
Canada B3J 2L6	

Ontario:

Ministry of the Attorney General for	(Amt des Justizministers für Ontario –
Ontario	Büro für Gegenseitigkeitsverträge:
Reciprocity Office: Civil Law Division	Abteilung Zivilrecht)
18 King Street East	
Toronto, Ontario	
Canada M5C 1C5	

Prince Edward Island:

Attorney General of Prince Edward
Island
Office of the Deputy Minister
P.O. Box 2000
Charlottetown, Prince Edward Island
Canada C1A 7N8

(Justizminister der Provinz Prince
Edward Island –
Büro des stellvertretenden Ministers)

Québec:

Ministre de la Justice du Québec
a/s Le service juridique
1200 route de l'Église
5ème étage
Ste-Foy, Québec
Canada G1V 4M1

(Justizminister von Quebec –
z. H. des Juristischen Dienstes)

Saskatchewan:

Minister of Justice for Saskatchewan
Att. of Director of Sheriff Services
1874 Scarth St., 10th Floor
Regina, Saskatchewan
Canada S4P 3V7

(Justizminister für Saskatchewan –
z. H. des Leiters der Vollstreckungs-
dienste)

Yukon (Yukon-Territorium):

Director of Court Services
Department of Justice,
Box 2703
Whitehorse, Yukon
Canada Y1A 2C6

(Leiter der Gerichtlichen Dienste)

Northwest Territories (Nordwest-Territorien):

Deputy Minister of Justice
Government of the Northwest Territories
Box 1320
Yellowknife, Northwest Territories
Canada X1A 2L9

(Stellvertretender Justizminister –
Regierung der Nordwest-Territorien)

[1.2 Bundeszentralbehörde]**Kanada**

Director, Legal Advisory Division
Directeur, Direction des consultations
juridiques

(Leiter der Abteilung Rechtsberatung –
Ministerium der Auswärtigen
Angelegenheiten)

Department of External Affairs
Ministère des Affaires extérieures
125 Sussex Drive/Promenade Sussex
Ottawa, Ontario
Canada K1A 0G2

(Übersetzung)

„2. Methods of service employed by the
Central Authority (Article 5)

„2. Von der Zentralen Behörde an-
gewendete Formen der Zustellung
(Artikel 5)

2.1 Formal service (Article 5, para-
graph 1, sub-paragraph a)

2.1 Förmliche Zustellung (Artikel 5 Ab-
satz 1 Buchstabe a)

In Canada, service will be effected
according to the methods of service
prescribed by the laws in force in
each province and territory.

In Kanada wird die Zustellung ent-
sprechend den Formen der Zu-
stellung bewirkt, welche die in den
Provinzen und Territorien jeweils
geltenden Gesetze vorschreiben.

...

...

- | | |
|--|---|
| <p>2.2 Informal delivery (Article 5, paragraph 2)</p> <p>The practice of informal delivery ("par simple remise") of judicial or extra-judicial documents is not known in Canada.</p> | <p>2.2 Nichtförmliche Übergabe (Artikel 5 Absatz 2)</p> <p>Das Verfahren der nichtförmlichen Übergabe ("par simple remise") gerichtlicher oder außergerichtlicher Schriftstücke ist in Kanada nicht bekannt.</p> |
| <p>2.3 Service by a particular method (Article 5, paragraph 1, subparagraph b)</p> <p>In Alberta, New Brunswick and Ontario, service will be made by certified mail at the option of the requesting party. In Ontario, the Central Authority will serve by any form of mail, at the option of the requesting party.</p> | <p>2.3 Zustellung in einer besonderen Form (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b)</p> <p>In Alberta, Neubraunschweig und Ontario erfolgt die Zustellung nach Wahl der ersuchenden Stellen durch Einschreiben. In Ontario bewirkt die Zentrale Behörde die Zustellung nach Wahl der ersuchenden Stelle durch eine beliebige Form des Postverkehrs.</p> |
| <p>2.4 Translation requirements (Article 5, paragraph 3)</p> <p>...</p> <p>For Alberta, British Columbia, Newfoundland, Nova Scotia, Prince Edward Island, Saskatchewan, all documents must be written in or translated into English.</p> <p>For Ontario, Manitoba, and the Northwest Territories, all documents must be written in or translated into English or French.</p> <p>For New Brunswick and the Yukon, all documents must be written in or translated into English or French. The Central Authority of New Brunswick or the Yukon may reserve the right to require documents to be translated into English or French depending on the language understood by the addressee.</p> <p>For Quebec, translation will be required in all cases where the recipient does not understand the language in which the document is written. All documents which commence actions must be translated. Summary translation of all other documents is acceptable if the recipient agrees. Translation is to be done into the French language; however, the Quebec central authority may, upon request, allow a translation in English at the condition that the recipient understands this language.</p> | <p>2.4 Übersetzungserfordernisse (Artikel 5 Absatz 3)</p> <p>...</p> <p>Für Alberta, Britisch-Kolumbien, Neufundland, Neuschottland, die Provinz Prince Edward Island und für Saskatchewan müssen alle Schriftstücke in englischer Sprache abgefaßt oder in diese Sprache übersetzt werden.</p> <p>Für Ontario, Manitoba und die Northwest-Territorien müssen alle Schriftstücke in englischer oder französischer Sprache abgefaßt oder in eine dieser Sprachen übersetzt werden.</p> <p>Für Neubraunschweig und das Yukon-Territorium müssen alle Schriftstücke in englischer oder französischer Sprache abgefaßt oder in eine dieser Sprachen übersetzt werden. Die Zentrale Behörde Neubraunschweigs oder des Yukon-Territoriums kann sich das Recht vorbehalten, zu verlangen, daß Schriftstücke je nach der Sprache, die der Empfänger versteht, in die englische oder französische Sprache übersetzt sind.</p> <p>Für Quebec ist eine Übersetzung in allen Fällen erforderlich, in denen der Empfänger die Sprache, in der das Schriftstück abgefaßt ist, nicht versteht. Alle Schriftstücke, durch die Verfahren eingeleitet werden, müssen übersetzt sein. Bei allen anderen Schriftstücken ist eine Übersetzung, die den wesentlichen Inhalt wiedergibt, annehmbar, wenn der Empfänger damit einverstanden ist. Die Übersetzung ist in französischer Sprache anzufertigen; jedoch kann die Zentrale Behörde von Quebec auf Ersuchen eine Übersetzung in die englische Sprache zulassen, vorausgesetzt, daß der Empfänger diese Sprache versteht.</p> |
| <p>[2.5.] Costs (Article 12, paragraph 2, subparagraph a)</p> <p>Costs for execution of service will be of \$50.-Can.</p> | <p>[2.5] Kosten (Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a)</p> <p>Die Kosten der Zustellung betragen kan\$ 50.</p> |

- | | |
|--|---|
| <p>3. Authority competent to complete the certificate of service (Article 6)</p> <p>In addition to the Central Authorities, the sheriffs, deputy-sheriffs, sub-sheriffs, clerk of the court or his/her deputy for the judicial district (except in Manitoba where there are no judicial districts) in which the person is to be served or the huissiers (only in Quebec) are competent to complete the certificate of service."</p> | <p>3. Für die Ausstellung eines Zustellungszeugnisses zuständige Behörde (Artikel 6)</p> <p>Neben den Zentralen Behörden sind die "sheriffs" (Gerichtsvollzieher), "deputy-sheriffs" (stellvertretende Gerichtsvollzieher), "sub-sheriffs" (Unter-Gerichtsvollzieher), der Urkundsbeamte oder sein Stellvertreter für den Gerichtsbezirk (außer in Manitoba, wo es keine Gerichtsbezirke gibt), in dem der betreffenden Person ein Schriftstück zustellen ist, oder die "huissiers" (Gerichtsvollzieher – nur in Quebec) für die Ausstellung eines Zustellungszeugnisses zuständig."</p> |
| <p>"[4.] [Transmission through consular channels (Article 9)]</p> <p>...</p> <p>The Central Authorities in Canada designated in accordance with Articles 2 and 18 of the Convention are competent to receive requests for service transmitted by a foreign consul within Canada.</p> <p>...</p> | <p>„[4.] [Übermittlung auf konsularischem Weg (Artikel 9)]</p> <p>...</p> <p>Die nach den Artikeln 2 und 18 des Übereinkommens bestimmten Zentralen Behörden in Kanada nehmen von einem ausländischen Konsul in Kanada übermittelte Anträge auf Zustellung von Schriftstücken entgegen.</p> <p>...</p> |
| <p>[5.] Declarations made pursuant to Articles 15, paragraph 1 or 16, paragraph 3</p> <p>[5.1] Stays of entry (Article 15, paragraph 2)</p> <p>Canada declares that the judges may give judgment under the conditions stated in Article 15 of the Convention.</p> <p>[5.2] Relief from expiration of the period of time for appeal (Article 16, paragraph 3)</p> <p>Canada declares that an application filed under Article 16 of the Convention will not be entertained if it is filed after the expiration of one year following the date of the judgment, except in exceptional cases determined by the rules of the Court seized of the matter."</p> | <p>[5.] Erklärungen nach Artikel 15 Absatz 2 oder nach Artikel 16 Absatz 3</p> <p>[5.1] Aussetzung der Einlassung auf ein Verfahren (Artikel 15 Absatz 2)</p> <p>Kanada erklärt, daß seine Richter den Rechtsstreit unter den in Artikel 15 des Übereinkommens aufgeführten Bedingungen entscheiden können.</p> <p>[5.2] Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in bezug auf Rechtsmittelfristen (Artikel 16 Absatz 3)</p> <p>Kanada erklärt, daß ein nach Artikel 16 des Übereinkommens gestellter Antrag unzulässig ist, wenn er nach Ablauf eines Jahres nach Erlaß der Entscheidung gestellt wird, außer in den in den Verfahrensvorschriften des angerufenen Gerichts festgelegten Ausnahmefällen."</p> |

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen**

Vom 22. September 1989

Das Abkommen vom 14. September 1963 über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen (BGBl. 1969 II S. 121) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für die

Deutsche Demokratische Republik am 10. April 1989
mit dem Vorbehalt nach Artikel 24 Abs. 2 zu Artikel 24 Abs. 1
des Abkommens

in Kraft getreten; es ist ferner in Kraft getreten für:

Bhutan	am 25. April 1989
Simbabwe	am 6. Juni 1989
Vanuatu	am 1. Mai 1989

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. März 1989 (BGBl II S. 345).

Bonn, den 22. September 1989

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Frhr. v. Stein

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
Im Auftrag
Dr. Dobiey

**Bekanntmachung
des deutsch-lesothischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 26. September 1989

Das in Maseru am 21. August 1989 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung des Königreichs Lesotho
über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 21. August 1989

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. September 1989

**Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Lesotho
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung des Königreichs Lesotho

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich
Lesotho,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im
Königreich Lesotho beizutragen

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung des Königreichs Lesotho, von der Kreditanstalt
für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Indu-
striepark Ha Nyenye“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdig-
keit festgestellt worden ist, einen Finanzierungsbeitrag bis zu
insgesamt 8 750 000,- DM (in Worten: acht Millionen sieben-
hundertfünfzigtausend Deutsche Mark) sowie für eine Be-
gleitmaßnahme einen Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt

1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark) zu erhal-
ten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der
Regierung des Königreichs Lesotho zu einem späteren Zeitpunkt
ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vor-
bereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige
Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorha-
bens „Industriepark Ha Nyenye“ von der Kreditanstalt für Wieder-
aufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen
Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Lesotho durch andere Vorha-
ben ersetzt werden. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und
Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 1 und 2 werden in Darlehen
umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet
werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedin-
gungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das
Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kredit-
anstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungs-
beiträge zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik
Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Lesotho stellt die Kreditanstalt
für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffent-

lichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags im Königreich Lesotho erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Lesotho überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Lesotho innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Maseru am 21. August 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
v. Schweinitz

Für die Regierung des Königreichs Lesotho
Letsi

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe

Vom 27. September 1989

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1988 zu dem Protokoll Nr. 6 vom 28. April 1983 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1988 II S. 662) wird bekanntgemacht, daß das Protokoll nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland

am 1. August 1989

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 5. Juli 1989 bei dem Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Bundesrepublik Deutschland erklärt,

„daß sich nach ihrer Auffassung die Verpflichtungen aus dem Protokoll Nr. 6 in der Abschaffung der Todesstrafe im Geltungsbereich des jeweiligen Staates erschöpfen und nichtstrafrechtliche innerstaatliche Rechtsvorschriften unberührt bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Verpflichtungen aus dem Protokoll bereits durch Artikel 102 Grundgesetz genügt.“

Das Protokoll ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Dänemark	am	1. März 1985
Frankreich	am	1. März 1986
Island	am	1. Juni 1987
Italien	am	1. Januar 1989
Luxemburg	am	1. März 1985

Niederlande am 1. Mai 1986
 (für das Königreich in Europa, die Niederländischen Antillen und Aruba)
 nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Annahmeerkunde
 abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„On the occasion of the deposit today of the instrument of acceptance by the Kingdom of the Netherlands of Protocol No 6 to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms concerning the Abolition of the Death Penalty, done at Strasbourg on 28 April 1983, I have the honour to state, on behalf of the Government of the Kingdom of the Netherlands, that the bills for the abolition of capital punishment, insofar as it is still provided for under Dutch military law and Dutch regulations governing wartime offences, have been before Parliament since 1981. It should be noted, however, that under the provisions of the Constitution of the Netherlands, which came into force on 17 February 1983, capital punishment may not be imposed.

...”

„Anlässlich der heutigen Hinterlegung der Annahmeerkunde zu dem am 28. April 1983 in Straßburg beschlossenen Protokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe durch das Königreich der Niederlande beehre ich mich, im Namen der Regierung des Königreichs der Niederlande zu erklären, daß die Gesetzentwürfe zur Abschaffung der Todesstrafe, soweit diese im niederländischen Militärrecht und in niederländischen Rechtsvorschriften über in Kriegszeiten begangene Straftaten noch vorgesehen ist, seit 1981 dem Parlament vorliegen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen der am 17. Februar 1983 in Kraft getretenen Verfassung der Niederlande die Todesstrafe nicht verhängt werden darf.

...”

Norwegen	am 1. November 1988
Österreich	am 1. März 1985
Portugal	am 1. November 1986
San Marino	am 1. April 1989
Schweden	am 1. März 1985
Schweiz	am 1. November 1987

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde
 abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

...”

A l'occasion du dépôt de l'instrument de ratification du Protocole additionnel No. 6 à la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales concernant l'abolition de la peine de mort, nous avons l'honneur, au nom du Conseil fédéral suisse, de vous faire la communication suivante au titre de l'article 2 de ce Protocole:

L'ordre juridique suisse permet, d'une part, la réintroduction de la peine de mort en temps de guerre ou en cas de danger de guerre imminent, en application des articles 5 et 27 du Code pénal militaire du 13 juin 1927.

L'ordre juridique suisse permet, d'autre part, la réintroduction de la peine de mort par le biais du droit de nécessité. Le Conseil fédéral a procédé de la sorte le 28 mai 1940, en légiférant par le biais d'une ordonnance prise en vertu des pleins pouvoirs que lui avait accordés l'Assemblée fédérale le 30 août 1939, au début de la Deuxième guerre mondiale.

En temps de guerre ou de danger imminent de guerre, au sens de l'article 2 du Protocole additionnel No. 6, la peine de mort

...”

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll Nr. 6 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Abschaffung der Todesstrafe beehren wir uns, Ihnen im Namen des schweizerischen Bundesrats folgende Mitteilung zu Artikel 2 des Protokolls zu machen.

Die schweizerische Rechtsordnung erlaubt zum einen die Wiedereinführung der Todesstrafe in Kriegszeiten oder im Fall unmittelbarer Kriegsgefahr in Anwendung der Artikel 5 und 27 des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927.

Die schweizerische Rechtsordnung erlaubt zum anderen die Wiedereinführung der Todesstrafe im Weg des Notrechts. In dieser Weise ist der Bundesrat am 28. Mai 1940 verfahren, als er durch den Erlaß einer Verordnung aufgrund der Vollmachten, die ihm die Bundesversammlung am 30. August 1939 zu Beginn des 2. Weltkriegs erteilt hatte, gesetzgeberisch tätig wurde.

In Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr im Sinne des Artikels 2 des Zusatzprotokolls Nr. 6 könnte somit in der

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zoltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 74,75 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,35 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1989 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 3,35 DM (2,35 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,35 DM.

Preis des Anlagebandes: 8,45 DM (7,05 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,45 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1986 A Gebühr bezahlt

pourrait donc être appliquée en Suisse dans les cas prévus par la législation ordinaire (art. 5 et 27 CPM) ou par la législation adoptée par le Conseil fédéral en vertu du droit de nécessité.

...

Le cas échéant, le Conseil fédéral vous communiquerait immédiatement l'entrée en vigueur des dispositions législatives visées plus haut ...»

Spanien

Schweiz die Todesstrafe in den Fällen angewendet werden, die in den ordentlichen Rechtsvorschriften (Artikel 5 und 27 des Militärstrafgesetzes) oder in den vom Bundesrat aufgrund des Notrechts erlassenen Rechtsvorschriften vorgesehen sind.

...

Gegebenenfalls wird Sie der Bundesrat vom Inkrafttreten der oben bezeichneten Rechtsvorschriften sofort unterrichten ...»

am 1. März 1985.

Bonn, den 27. September 1989

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel